

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 10, und bei den Depots 2. Km., bei allen Post-Anstalten des Deutschen Reichs 2 Mk. 50 Pf.

Thorner

Insertionsgebühr

die gespaltene Zeile oder deren Raum 10 Pf.  
Inseraten-Aufnahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 10.  
Heinrich Neg, Coppenrathstraße.

# Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Aufnahme auswärts: Strassburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Mallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke. Graubenz: Gustav Köthe. Santenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Auten.

Redaktion u. Expedition:  
Brückenstraße 10.

Inseraten-Aufnahme auswärts: Berlin: Gaasenstern u. Bogler, Rudolf Mosse, Bernhard Arndt, Mohrenstr. 47. G. R. Daube u. Co. und sämtliche Filialen dieser Firmen in Breslau, Coblenz, Frankfurt a./M., Hamburg, Kassel u. Nürnberg zc.

Ein einmonatliches Abonnement

auf die  
Thorner Ostdeutsche Zeitung

mit

illustrirter Sonntags-Beilage  
eröffnen wir für den Monat September.  
Preis in der Stadt 0,67 Mark, bei der Post  
0,84 Mark.

Die Expedition  
der „Thorner Ostdeutschen Zeitung“.

Nicht Regierungsprogramm sondern  
Wählerprogramm.

Der Reichstagsabg. Schrader hat in der letzten Nummer der „Nation“ eine sehr dringliche Aufforderung an die Wähler gerichtet, von den Kandidaten, die ihre Stimmen in Anspruch nehmen, eingehende Aufklärungen über ihr politisches Programm zu verlangen, und namentlich darüber, ob sie entschlossen seien, dem immer stärker werdenden Ansturm der reaktionären Mächte sich entgegenzustellen. Ganz ungeschönt und ungehindert, sagt Herr Schrader mit vollem Recht, wächst der Antisemitismus, blüht die Hege gegen die Freimaurerei, gewinnt die protestantische Orthodoxie im Leben, im Staate, in der Kirche und Schule neuen Boden. Wie dringlich die Mahnung ist, zeigt die Sprache der Blätter, die im Namen der Regierung zu sprechen behaupten. Das Verlangen nach einem politischen Programm der Regierung für die nächsten parlamentarischen Sessionen beweise, so wird gesagt, nur das Eine, daß die Opposition um Agitationsstoff verlegen sei. Das neue Abgeordnetenhaus wird bekanntlich für die Dauer von fünf vollen Jahren gewählt — und doch sollen, nach der Ansicht der sog. Offiziösen, die Wähler nicht das Recht haben, zu erfahren, welche Ziele die Regierung mit Hilfe der Abgeordneten zu erreichen gewillt ist? Das offiziöse Blatt fühlt selbst, daß diese Zumuthung selbst den vertrauensvollsten Wähler kopfschütteln müsse. Und so macht es denn hinterher die Entdeckung, daß das Regierungsprogramm schon längst und in offizieller Form bekannt ist. „Jeder weiß, schreibt dasselbe, daß bei uns die Regierung nur die Vollstreckerin des Willens ist, den der Monarch für die zu befolgende Politik kundgibt. Solche Willenskundgebungen des Monarchen aber liegen aus allernachster

Zeit in den beiden an den Reichstag und den preussischen Landtag gerichteten Thronreden vor. Da diese Kundgebungen darüber Auskunft geben, daß die Regierung weiß, was sie will, so wird ja wohl nun auch die freisinnige Partei wissen, was sie nicht will.“ Mit aufrichtigem Bedauern wird jeder Verständige von diesen läppischen Ausreden des offiziösen Blattes Kenntnis nehmen. Im Reichstage wie im Landtage haben die Thronreden des Kaisers Wilhelm bekanntlich Beantwortung in Form von Adressen gefunden, welche auf Anregung und unter Zustimmung der freisinnigen Partei beschlossen worden sind. Möglich war das, weil die Regierungskundgebungen des Kaisers Wilhelm II., wie sie in der Thronrede enthalten sind, nur die letzten Ziele der Regierungspolitik, über welche Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen, nicht aber die Mittel, um die Ziele zu erreichen, bezeichnet haben. Wenn die Uebereinstimmung über die allgemeinen Sätze der Thronrede auch für die Gesetzgebung genügt, so wäre es eine Frivolität zu behaupten, daß die freisinnige Partei trotz ihrer Zustimmung etwas anderes wolle. Indem das offiziöse Blatt eine Meinungsverschiedenheit voraussetzt, giebt es zu, daß die in der Thronrede enthaltenen Erklärungen ein praktisches politisches Programm nicht sind. Bei den Wahlen wird nicht die Frage gestellt, ob der Wähler Vertrauen in den Souverän habe. Der Kaiser ist erhaben über diese Fragen. Es ist die Grundlage des konstitutionellen Staates, daß die Gesetzgebung innerhalb der Schranken der Verfassung nur mit Zustimmung der Vertreter der Nation geregelt werden kann und daß die Wähler das Recht und die Pflicht haben, diese Vertreter nach ihrer freien Ueberzeugung zu wählen. Wenn die Regierung ein Programm für die Durchführung der gesetzgeberischen Aufgaben auf den Gebieten der Steuerpolitik, der Regelung der Landgemeindevorfassung, der Kirchen- und Schulpolitik vorlegt, so hat der Wähler um so mehr die Pflicht, sich zu versichern, daß der Kandidat, dem er seine Stimme geben soll, in seinem Sinne stimmen wird.

Deutsches Reich.

Berlin, 21. August 1888.

Am Sonntag nahm der Kaiser einige Vorträge entgegen. Mittags stattete die Kaiserin

Augusta dem Kaiserpaar einen Besuch ab. Am Montag früh begab sich der Kaiser vom Marmorpalais nach der Matrosenstation und von dort um halb 8 Uhr auf dem königlichen Salon-Dampfer „Alexandria“ direkt nach Spandau. Dort besichtigte der Monarch das 4. Garde-Regiment z. F. und das 3. Garde-Grenadier-Regiment Königin Elisabeth. Nach dem Schluß der Besichtigung erfolgte auf demselben Wege mittels des königlichen Dampfers „Alexandria“ die Rückkehr von Spandau nach der Matrosenstation bei Potsdam, bez. nach dem Marmorpalais. In der Ansprache, welche der Kaiser am Sonnabend nach der Besichtigung des 1. Garde-Regiments zu Fuß an dasselbe richtete, hob derselbe hervor, daß es ihm eine Freude sei, gerade am Gedenktag der Schlacht von St. Privat das Regiment zu sehen, an einem Tage, der für die ganze Armee bedeutend und ein Gedenktag an Viele, welche nicht mehr sind, sei. Ferner sprach der Kaiser die Hoffnung aus, daß das Regiment, wenn die Zeit einmal an dasselbe herantrete, nicht zurückstehen werde vor dem, was es an jenem Tage vor 18 Jahren tapfer geleistet habe.

Ueber den Besuch des Kaisers beim Grafen Moltke am Freitag Nachmittag berichtet die „Köln. Ztg.“ noch, Graf Moltke soll tief gerührt und ergriffen gewesen sein ob dieser neuen Auszeichnung, die einzig in ihrer Art dastehe, da es noch niemals dagewesen sei, daß ein Monarch einer persönlichen Meldung in solcher Weise zuvorgekommen ist; er soll dem Kaiser die Bitte ausgesprochen haben, ihm Gelegenheit zur Verrichtung seiner Dankbarkeit zu geben. Der „Hamb. Korresp.“ behauptet in einer Berliner Meldung, daß der Feldmarschall den Kaiser seit längerer Zeit um Entbindung von seiner bisherigen Thätigkeit gebeten und daß der Kaiser nur mit Widerstreben und nach langem Zögern darin gewilligt habe.

Für den Besuch des Kaisers in Kiel werden nach der „Weferzeitung“ bereits die Kaiserzimmer des dortigen Schlosses bis zum 10. September fertiggestellt. Der Besuch des Kaisers wird zwischen dem 10. und 15. September erwartet. Die amtliche „Landeszeitung für Elbsa-Lothringen“ bestätigt jetzt, daß ein Besuch der Reichslände in das Reiseprogramm des Kaisers Wilhelm leider nicht aufgenommen werden konnte. Dieses Programm sei stark beengt, der Kaiser aber würde seiner ersten Anwesenheit in Elbsa-Lothringen nicht

das Gepräge einer flüchtigen Durchreise verleihen, auch die Truppen nicht nach den Manövern sehen wollen. Eine gründliche Besichtigung derselben nach Entlassung der Reservisten sei nicht wohl möglich, an einer nothdürftig zusammengestellten Parade dürfte dem obersten Kriegsherrn aber wenig gelegen sein.

Wie die „Kolonialztg.“ meldet, hat der Kaiser den Mitgliedern des provisorischen Komitees für eine deutsche, zum Entsch. Emin Paschas bestimmte Expedition seine wärmsten Sympathien für das Gelingen des Unternehmens ausgesprochen lassen. Ueber diese Expedition giebt ein vertrauliches Zirkular Auskunft. Dasselbe stellt es einmal als nationale Pflicht hin, Emin Pascha, der ein Angehöriger der deutschen Nation ist, aus seiner Lage zu befreien, und hält es ferner für eine handelspolitische Frage von besonderer Bedeutung, sich durch eine derartige Expedition den Handel Mittelafrikas zu erschließen. Im Anschluß an die Expedition wird in Aussicht genommen, im Falle der Erreichung des Anschlusses mit Emin Pascha eine Handelsstraße von den oberen Seeländern nach dem Osten, gestützt auf neu zu errichtende Stationen herzustellen und dauernd festzuhalten. Zu diesem Zweck sei die Begründung einer deutsch-ostafrikanischen Seengesellschaft als das letzte Ziel der Expedition von vornherein ins Auge gefaßt. Das provisorische Komitee besteht aus folgenden Herren: Freikonserativen Abg. Dr. Otto Arendt, früheren elbsa-lothringischen Staatssekretär v. Hoffmann, Direktor der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft Lucas, Dr. Peters, Direktor im Reichspostamt Sachse, Rittergutsbesitzer Schröder in Berlin und den bekannten Afrikareisenden Lieutenant Wismann. Schatzmeister ist der Bankier Karl v. d. Heydt in Elberfeld. Außerdem nehmen Beiträge an die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft und die deutsch-ostafrikanische Plantagensellschaft.

Generalfeldmarschall Graf Blumenthal ist am Sonntag in München eingetroffen. Am Montag fand die Besichtigung der in München garnisonirenden 3 Infanterieregimenter, Dienstag findet diejenige der ersten Kavallerie-Brigade statt. Am Dienstag wird sich Graf Blumenthal zur Besichtigung der zweiten Kavallerie-Brigade nach Augsburg begeben.

Mit der Ernennung des Staatsministers von Boetticher zum Vize-Präsidenten des Preussischen Staatsministeriums ist die Vertretung des Reichskanzlers in Preußen sowohl

Fenilletou.

Angela.

22.) (Fortsetzung.)

Die nächste Unterbrechung war durch Josefa, welche in gewohnter schweigsamer Weise ihr das Mittagessen brachte und nach einer halben Stunde ihren Tisch wieder abräumte. Der Nachmittag verging ihr wie die übrigen in der Anstalt verlebten, bis zu ungewöhnlich früher Zeit Josefa ihr das Abendessen brachte. Als sie dies eingenommen und an das offene Fenster getreten, ward die Thür ihres Zimmers geöffnet und in der Meinung, daß ihre schweigsame Wärterin gekommen, veränderte sie ihre Stellung nicht, hörte aber bald und zu ihrer nicht geringen Ueberraschung Signor Vitalis Stimme. Sie nach ihm umwendend, erwiderte sie seine Begrüßung mit zunehmender Aufregung, denn sein so später Besuch konnte nur eine besondere Veranlassung haben. Diese erfuhr sie auch sogleich, indem er mit ruhigem Ernst sagte:

„Signora, diejenigen, welche für gut fanden, Sie einstweilen meiner Sorge und Beobachtung anzuvertrauen, werden Sie in einer Viertelstunde wieder hier abholen lassen, und kann ich Sie geistig gesund aus meiner Anstalt scheiden sehen!“

Im ersten Augenblicke hatte Angela auf diese unerwartete Mittheilung keine Erwiderung, dann aber wiederholte sie hastig:

„Sie werden mich wieder abholen lassen?“ „Ja, Signora, wie ich Ihnen bereits gesagt,“ antwortete der Irrenarzt so kalt und ruhig wie zuvor.

„Wohin aber werden Sie mich bringen lassen? Zurück nach Neapel?“ fuhr eben so schnell Angela fort.

„Das vermag ich Ihnen nicht zu sagen,“ entgegnete Signor Vitalis. „Ich bin nur aufgefordert worden, Ihnen für einen Theil der Reise eine weibliche Begleitung mitzugeben und wird daher Josefa mit Ihnen fahren. Irgeend welche Fragen kann ich und auch sie nicht beantworten, es ist also Ihrerseits überflüssig, sie an uns zu richten. Leben Sie wohl, Signora —“ und ohne eine Erwiderung abzuwarten, hatte Signor Vitalis das Zimmer schon wieder verlassen, in welchem Angela, kaum glaubend, was sie gehört, zurückblieb. Sie sagte sich indes und begann nachzudenken und sah, daß, widerstandslos wie sie war, sie sich fügen mußte, auch beruhigte sie die Gewissheit, daß Josefa sie begleiten werde. Weshalb aber sollte sie unerwartet die Anstalt verlassen und wohin gedachte man sie zu bringen?“ Auf die erste Frage kam sie bald zu dem richtigen Schluß und sagte leise:

„Giovanni wird schon meinen Aufenthalt entdeckt haben, und da meine Feinde dies erfahren, entfernen sie mich von hier. Er wird mich aber nicht wieder außer Augen lassen, und ich kann mit Sicherheit auf seinen Beistand rechnen!“

Bereits zur Fahrt gerüstet und mit einer

Reisetasche versehen, trat jetzt Josefa ein und Angela mit lebhaft erregten Zügen am Fenster erblickend, sagte sie in ihrer ernsthaften Weise:

„Signora, nehmen Sie ihren Hut und Mantel, denn wir sollen sogleich fahren. Ich will unterdeß Ihre Sachen einpacken —“

„Ich wüßte nicht, daß ich welche mitgebracht,“ sagte ihrer Aufforderung nachkommend, Angela.

„Alles in diesem Schranke Vorhandene ist für Sie besorgt worden, und die Oberwarterin hat den Befehl erteilt, daß sie es mitnehmen sollen,“ erwiderte Josefa und legte sämtliche Gegenstände in die Reisetasche.

Angela ließ sie gewähren, und kaum hatte sie es besorgt, so schlug auch die Uhr der Anstalt sieben. Die Reisetasche tragend, öffnete erstere die Thür, und Angela blickte sich noch einmal in dem traurigen Räume um, der ihr zwar nicht lange zum Aufenthalt gedient, und blickte dann auf ihre Arbeiten, die nun andere Hände vollenden mußten, und folgte der Wärterin aus dem Zimmer den Korridor entlang, auf dem sie in den beiderseitigen Zellen sprechen, singen und lachen hörte. Von diesem gelangten sie in die Vorhalle, welche sie noch nicht gesehen, da man sie bewußtlos in die Anstalt getragen, und wo sie einen ihrer schon wartenden Mann — Tomaso — erblickte, der sie durch leichtes Neigen seines Hauptes begrüßte. Einen Augenblick war Angela im Begriff, ihn anzureden, sie unterließ es jedoch, und als er die schwere Thür öffnete und ihr und Josefa durch ein Zeichen andeutete ihm zu folgen, traten sie

mit ihm vor das Haus, wo zwei Wagen hielten, der erste, dessen Fenster gleich dem des zweiten verhängen waren, bewegte sich langsam weiter, der zweite näherte sich der Treppe. Als er hielt, öffnete Tomaso den Schlag und ließ Angela und ihre Begleiterin einsteigen, und erstere bemerkte neben dem Rutscher einen zweiten bärtigen Mann. Als sie Platz genommen, folgte er ihnen, schloß den Schlag und die beiden Wagen setzten sich in Bewegung. So erreichten sie die Landstraße, beide bogen rechts ab, bald aber schlug der zweite die entgegengesetzte Richtung ein. Vom Wagen aus war nicht ins Freie zu sehen, dafür aber lauschte Angela, die tiefverschleiert dafah, mit der ganzen Aufmerksamkeit, deren sie fähig war, auf den Laut von Stimmen oder den Hufschlag von Pferden.

Unterdeß hatten der Marchese und Federigo auf der kleinen Strecke Gasse, die der holzreichen Umgebung wegen von der eigentlichen Landstraße abhog und zur Stadt führte, gestanden, während ihr mit kräftigen Pferden bespanntes Fuhrwerk in einiger Entfernung hielt. Ersterer hatte von seinem Versteck aus beide Wagen nach der Anstalt fahren sehen, und bei diesem unerwarteten Anblick sich seiner große Sorge bemächtigt, denn in welchem mochte man seiner Verlobten ihren Platz anweisen? Kurz vor sieben Uhr suchte Federigo ihn auf, dem er seine Beobachtung mittheilte und mit einem Ausruf des Verdrusses erwiderte dieser:

„Das haben die Schurken schlaue erfunden, Marchese, und nun ist wahrlich guter Rath

wie im Reiche auf Herrn von Boetticher übergegangen. Bekanntlich fungirt Herr v. Boetticher auch im preussischen Handelsministerium als Vertreter des Fürsten Bismarck. Ob in dem Geschäftskreise des Herrn von Boetticher eine weitere Veränderung beabsichtigt ist, muß dahin gestellt bleiben. — Der „Nat. Ztg.“ schreibt man, Fürst Bismarck werde in einiger Zeit die Leitung des Handelsministeriums abgeben und anderen Händen übertragen, sodaß dem Minister v. Boetticher diese dritte Stellvertretung des Fürsten abgenommen werden könnte. Auch die „Kölnische Zeitung“ erfährt, daß Fürst Bismarck demnächst beabsichtige, das Handelsportefeuille abzugeben.

General v. Heubach, der kommandirende General des XV. Armeekorps, hat zu seinem fünfzigjährigen Dienstjubiläum am 15. August sowohl vom Kaiser Wilhelm als auch von der Kaiserin Friedrich Glückwunschkarten erhalten. Das Glückwunschkarten der Kaiserin Friedrich lautet: „Kaiser Friedrich hatte in seinem Kalender eigenhändig Ihren heutigen Festtag eingetragen, um Ihnen zu gratuliren; nehmen Sie in Erinnerung hieran von mir die beabsichtigten Glückwünsche entgegen.“

Wie man der „Köln. Ztg.“ aus Konstantinopel schreibt, hat der Sultan die Bedingungen, unter welchen die Generale v. Hobe, Ramphöner und Ristow weitere drei Jahre in türkischem Dienste bleiben wollten, nicht genehmigt. Die Herren hatten eine gewisse Gehaltssteigerung, eine Entschädigung für die ihnen durch längere Beurlaubung erwachsende Verminderung ihrer preussischen Pensionsbezüge und eine größere Sicherstellung regelmäßiger Zahlung ihres Gehaltes verlangt. Auch legten sie Gewicht darauf, daß einem Abjakt des Vertrages, welcher der Türkei ein einseitiges Kündigungsrecht „wegen Mißführung im Amte“ gewährt, einer entgegengesetzt werde, welcher bei Nichterfüllung der Gehaltsbedingung den Offizieren ein gleiches Recht sichert. Der Sultan wollte die Erledigung der Frage bis nach dem Bairamfeste vertagt wissen, worauf die Herren indessen nicht eingehen zu können erklärten, da sie unter Umständen spätestens am 1. Oktober in der Heimath sein müßten. Wenn nicht in letzter Stunde noch eine Willensänderung des Großherrn eintritt, verlassen die Generale am 2. September Konstantinopel.

Wie die Zeitungen berichten, ist die neulich gemeldete Verurtheilung des konservativen Rittersgutsbesizers Wegener wegen einer Aeußerung, welche das Gericht als Beleidigung des Kaisers Friedrich und dessen Gemahlin auffaßte, auf Grund einer Denunziation freisinniger Kreismitglieder erfolgt. Denunziationen politischer Natur sind unserer Ansicht nach verwerflich, mögen sie von der einen oder anderen Seite ausgehen. Die freisinnige Presse ist stets dieser Ansicht gewesen. Wenn die „Post“ heute das Gegentheil behauptet, so spricht sie wider besseres Wissen. Das Blatt schreibt: „Es ist ein Faktum, das wir f. Z. gebührendermaßen gebrauchmarkt haben, daß fast die ganze freisinnige Presse damals (d. h. zu Lebzeiten des Kaisers Friedrich) eine Denunziation mit Wohlgefallen verzeichnet hat.“ Wir wissen nicht, von welcher Denunziation die „Post“ hier sprechen will. Sollte sie, wie es fast den Anschein hat, in der Verbreitung eines von den größten Schmähungen gegen die Kaiserin Friedrich angefüllten Zeitungsartikels eine

„politische Denunziation“ erblicken wollen, so übersteht sie, daß es sich damals um die Erörterung eines für die Deffektivität bestimmten Zeitungsartikels handelte. Unter Denunziation versteht man dagegen die Mittheilung eines privaten Vorganges an die Behörde behufs Herbeiführung der Bestrafung. Im Uebrigen hat die freisinnige Presse gelegentlich des Artikels der „Dresd. Nachr.“ nicht nach dem Staatsanwalt gerufen, sondern ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß der sonst so wackere Staatsanwalt in diesem eklatanten Falle nicht vorhanden zu sein schien. Die freisinnige Presse verlangt nur mit gleichem Maße gemessen zu werden, wie die Presse der anderen Parteien. Wenn die „Post“ den Hinweis auf vermeintliche Ungleichheiten in der Behandlung der Presse verschiedener Parteien als „Denunziation“ ansieht, wie beurtheilt sie dann ihr eigenes Verhalten der freisinnigen „Köln. Ztg.“ gegenüber, welche sie wiederholt wegen einer angeblich strafbaren Notiz „denunziert“ hat.

Der dritte internationale Binnenschiffahrts-Kongreß trat am Montag in Frankfurt a. M. zusammen. Derselbe ist von 700 Theilnehmern besucht. Staatsminister v. Boetticher begrüßte den Kongreß Namens des Reiches und Preußens und überbrachte demselben Grüße des Kaisers.

Die Festspiel-Aufführungen in Bayreuth erreichen am Sonntag Abend ihr Ende. Im Ganzen fanden in diesem Jahre 17 Vorstellungen statt, und zwar neun von „Parsifal“ und acht der „Meistersinger“. Der Besuch war in diesem Jahre lebhafter als je zuvor. Die Unkosten haben sich auf 340 000 M. belaufen; allerdings sind in dieser Summe die Kosten, welche die neue Anlage der elektrischen Beleuchtung verursacht hat, mit eingerechnet; diese allein beziffern sich auf 80 000 M. Der Unkostenbetrag von 260 000 M. für die Aufführungen selbst erscheint nicht zu hoch, wenn man berücksichtigt, daß die Mitglieder des Orchesters, des Chores, des technischen Personals, sowie die mitwirkenden Sänger und Sängerinnen nicht allein Reiseentschädigung erhalten, sondern auch acht Wochen hindurch, d. h. seit Beginn der Proben, ihr Einkommen bezogen haben. Hierzu kommt noch, daß für die „Meistersinger“ außer neuen Dekorationen und Requisiten Hunderte von Kostümen angefertigt werden mußten. Trotz dieser gewaltigen Unkosten haben die diesjährigen Festspiel-Aufführungen einen bedeutenden Ueberschuß erzielt. Der letzten Aufführung des „Parsifal“ am Sonntag wohnten die Kaiserin von Oesterreich und die Erzherzogin Valerie bei.

Mehr als drei Jahre sind seit dem Tode des Dr. Nachtigal verfloßen und noch immer ist die Denkmals-Angelegenheit nicht erledigt. Die Gesellschaft für Erdkunde in Berlin hat zwar für ihre Räumlichkeiten eine Büste anfertigen lassen, aber über die Sammlungen für ein größeres Denkmal, welche von der Gesellschaft und einem Comité in Stendal angestellt worden sind, schwebt ein tiefes Dunkel für dessen Aufklärung manche Verehrer Nachtigals sehr dankbar sein würden.

Ueber ungebührliche Behandlung von Lehrern beim Militär hat der „Schles. Schulztg.“ zufolge der Vorstand des Lehrervereins in Rosel ein Beschwerde an das dortige Regimentskommando gerichtet. Seitens der letzteren wurde hierauf nachstehender Bescheid erteilt:

### Das Schullasten - Gesetz und die Gemeinden.

(Eingefandt.)

Nachdem die ministeriellen Ausführungsbestimmungen in betreff des Volksschulentastungsgesetzes liberale Anwendung desselben seitens des Staates angeordnet, fragt das „Berl. Tgbl.“, ob aber auch das Gesetz durch die Gemeinden in gleicher, volksschulfreundlicher Weise ausgeführt werden wird, obwohl gerade hiervon ein gedeihlicher Einfluß des Gesetzes auf die Schulen abhängt. Wollen die Kommunen nur für sich Nutzen aus dem Gesetze ziehen, so gehen die Schulen leer aus.

Direkt erhält nämlich die Schule von den 20 Mill. keinen Pfennig, aber hoffentlich benutzt eine große Anzahl von Gemeinden die günstige Gelegenheit, die ihnen zufließenden Gelder wenigstens theilweise für die Schule anzulegen. Berlin, das schon vor zwei Jahrzehnten seine Gemeindefschulen für Arm und Reich unentgeltlich öffnete, — Thorne erhebt ebenfalls kein Schulgeld — wird auch hierin dem Lande vorangehen, indem es die vom Staate zu zahlenden 5—600 000 M. ganz oder doch zum größten Theile zur Aufbesserung der Lehrergehälter verwendet.

Auch dort, wo man der modernen Schule und in Folge dessen auch dem Lehrerstande nicht wohl will, hat man wiederholt unumwunden zugestanden, daß im preussischen Lehrerbause vielfach bittere Noth herrscht. Die Einkünfte entsprechen den Leistungen nicht und reichen vor allen Dingen nicht aus zu einer Lebensführung, die dem Lehrer unter allen Umständen ermöglicht werden muß, wenn sein Ansehen seinen amtlichen Aufgaben entsprechen soll. Die Lehrer

„In der Erwiderung des geehrten Schreibens vom 14. d. Mts. für welches das Regiment seinen Dank ausspricht, theilt dem verehrlichen Vorstände des Lehrervereins daselbst ergebnis mit, daß in Uebereinstimmung mit Wohlwollen das Regiment das Verhalten der genannten Offiziere als ein durchaus ungehöriges bezeichnen muß, sowie daß den Betreffenden dies Verhalten ernstlich verwiesen worden ist. Das Regiment wird Veranlassung nehmen, daß in Zukunft derartige Ungehörigkeiten vermieden werden.“

### Ausland.

**Petersburg, 20. August.** Gegen eine Politik des Gehässens in Bulgarien polemisiert der russisch-offizielle Brüsseler „Nord“. Diese Politik werde von Salisbury und Crispien empfohlen. Der „Nord“ fragt nun, ob das Wiener Kabinet, dessen Meinung über diesen Punkt wichtiger sei, als diejenige Englands oder Italiens, endlich begreifen werde, daß es nothwendig sei, den Frieden auf der Grundlage der Geselligkeit zu begründen, statt die Zweideutigkeit der Enthaltungspolitik fortzusetzen? Die russenfeindliche Haltung der österreichischen Presse sei auch nach der Peterhofer Entrevue nicht verändert; diese Organe kennen nur vollendete Thatsachen, die sie als Recht hinstellen. Wenn das Wiener Kabinet diese Anschauung theile, werde jede Erörterung überflüssig; früher oder später aber werde eine gewaltige Krise die Unwirksamkeit der Enthaltungspolitik darthun.

**Wien, 20. August.** Die österreichischen Antisemiten hatten für Montag, an welchem Tage Herr Schönerer in Wien seine Gefängnisstrafe angetreten hat, große Kundgebungen vorbereitet. Thatsächlich kam es beim Eintreffen Schönerers auf dem Bahnhofe in Wien zu lärmenden Kundgebungen, bei welchen jedoch die Polizei einschritt und 11 Verhaftungen vornahm.

**Rom, 19. August.** Nach hier eingegangenen Nachrichten wurden gestern Abend in Diano Marino, das bereits durch das Erdbeben vom 23. Februar 1887 so schwer heimgesucht wurde, innerhalb einer halben Stunde drei heftige, von unterirdischem Rollen begleitete Erdstöße verspürt. Der erste Stoß war der stärkste. Unfälle sind durch die Erdstöße nicht herbeigeführt. In Porto Maurizio fand in vergangener Nacht ein leichter Erdstoß statt.

**Madrid, 19. August.** Der heute von San Sebastian nach hier abgegangene Schnellzug ist bei Tolosa entgleist, mehrere Reisende erlitten — glücklicher Weise nur leichte — Verletzungen.

**Paris, 19. August.** Dem Vernehmen nach sollen gegen diejenigen Ausländer, welche an den jüngsten Kundgebungen der Strikenden theilgenommen haben, Ausweisungsbefehle erlassen werden.

**Paris, 20. August.** Am Sonntag haben in drei Departements Ersatzwahlen zur Deputirtenkammer stattgefunden. Zu allen drei Wahlen war Herr Boulanger als Kandidat aufgetreten, und thatsächlich ist derselbe in den Departements Nord, Charente inferieure und Somme mit großer Mehrheit gewählt worden. Auch Herr Köhlin wurde im Norddepartement gewählt. Im letzteren erhielt Boulanger 130 000, Köhlin 126 000 Stimmen, die beiden republikanischen Kandidaten haben 95 000 er-

sind deswegen gezwungen, ihre Einkünfte durch private Arbeit zu erhöhen. Daß diese, in mäßigem Umfange betriebene, große Nachtheile in sich schließt, soll nicht behauptet werden, aber zu weit ausgedehnt, entzieht sie den Lehrern seiner amtlichen Thätigkeit und macht ihn außerdem frühzeitig zum Invaliden. Werfen wir bei dieser Gelegenheit einen Seitenblick auf unsere örtlichen Verhältnisse. Was für ein vielfach beschäftigter Mann ist hier nicht zeitweise der Volksschullehrer? Außer seinen pflichtmäßigen Stunden erteilt er noch Unterricht an der Fortbildungs-, Kapitulanten- und Privatschule oder giebt Nachhilfe: u. a. Privatstunden, oder ist Organist, Kantor, Fleischbeschauer, Rendant u. dgl. Und warum dies? Ja, sein Gehalt reicht nicht aus, um standesgemäß leben zu können. Wollte man einmal reichlich erwägen, daß der schlecht bezahlte Lehrer, auch wenn er die verkörperte Pflichttreue ist, die ihm zugefügte Zurücksetzung durch ein Manko an Arbeit vergilt, ja in Folge seiner Ueberanstrengung vergelten muß, wahrlich, man würde ihn doch besser dotiren, zumal in keinem Berufe auf die innere Stellung zu demselben so viel ankommt, wie in demjenigen des Lehrers. Kein Revisor kann den Mißmuthigen zu einer begeisterten Eingabe an sein Amt bewegen, und mit der bloßen gesetzlichen Pflichterfüllung ist doch verzeihlich wenig gethan.

Daß die Klagen der Lehrer wegen schlechter Besoldung nicht übertrieben sind, dafür soll Thorne einen Beweis liefern, obwohl man dieser Stadt nachrühmen muß, daß die Gehälter der Lehrer nominell in Westpreußen die besten sind. Dabei setzen wir noch den günstigsten Fall voraus und nehmen an, der Lehrer kommt sofort mit 21 Jahren hierher. (Meistens hat er aber schon eine Reihe von Dienstjahren hinter sich,

halten. Boulanger wurde dort im April mit 172 528 Stimmen gewählt, sein republikanischer Gegenkandidat erhielt 75 901, woraus folgt, daß am letzten Sonntag kein Republikaner für Boulanger gestimmt hat, dessen Wahl also lediglich ein Sieg der Monarchisten ist, welche stets die Majorität befehen. Gleiches ist in den beiden anderen Departements der Fall. Hier kam es anlässlich der Wahl Boulangers schon am Sonntag Abend zu Ruhestörungen. Das ganze Arbeiterviertel, sowie die Boulevards waren bis zum späten Abend mit Menschenmengen angefüllt, die Polizei trieb dieselben fortwährend auseinander. In Amiens mußte das Militär mit aufgeschlagenem Bayonett gegen die Mengen einschreiten. In Lille kam es zu Schlägereien zwischen Boulangeristen und Antiboulangeristen, wobei viele Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Boulangeristen säumen natürlich nicht, die Wahl ihres Herrn und Meisters als einen folgenreicheren Sieg hinzustellen, während die Republikaner mit Recht ausführen, daß Boulangers Wahl ausschließlich den Monarchisten und Bonapartisten zu verdanken ist. — Immerhin ist die Wahl Boulangers der Republik gewiß sehr unbecom, wenn sie auch keine Gefahr für dieselbe bringt.

### Provinzielles.

**A Argentan, 20. August.** Sonnabend Abend fand in Gehrke's Hotel eine Sitzung des Pestalozzivereins und des Lehrervereins „Argentan und Umgegend“ statt. Der Pestalozziverein hat im Vereinsjahre 1887/88 eine Einnahme von 52,50 M. gehabt. Als selbstständiger Zweigverein hat er über die Hälfte frei zu verfügen. Er zählt gegenwärtig 19 Mitglieder. In den Vorstand wurden gewählt: Hauptlehrer Priebke, Lehrer Rube, Lehrer Hillebrand sämmtlich in Argentan. In den Vorstand des Lehrervereins wurden gewählt: Lehrer Hillebrand, Lehrer Rube, Lehrer Korbowicz-Argentan. Zum Schluß hielt Lehrer Neumann = Marlowo einen Vortrag über „Jugend- und Turnspiele“.

**Dirschau, 20. August.** Die Verwaltung der Provinzial-Hilfskasse hat den Zinsfuß für das von der Stadt Dirschau im Jahre 1878 zum Zwecke des Baues des Realprogymnasiums aufgenommene Darlehn aus der Prov.-Hilfskasse vom 1. März cr. ab von 4 3/4 auf 4 1/4 Proc. herabgesetzt. Das Darlehn, welches ursprünglich 165 000 M. betragen hat, ist jetzt durch Amortisation bis auf 125 702,23 M. getilgt. Es wird nun, laut der „Dirsch. Ztg.“, zum Zwecke der schnelleren Tilgung der Schuld beabsichtigt, die durch Herabsetzung des Zinsfußes ersparten Zinsen ebenfalls zur Amortisation zu verwenden.

**Neustadt, 20. August.** Ein vom „Neust. Anzeiger“ veröffentlichtes Gerücht, daß ein Förster im dortigen Kreise als Leiche im Walde gefunden sei, erweist sich als eine abenteuerliche Erfindung.

**Danzig, 20. August.** Die Kommerzienräthe Heinrich Michael Boehm und Richard Theodor Damme sowie der Kaufmann Emil Berenz hieselbst sind zu Handelsrichtern und der Kaufmann und Stadtrath Friedrich Wilhelm Albert Rosmad hier zum stellvertretenden Handelsrichter bei der hiesigen Kammer für Handelsachen ernannt worden. — Gestern fand hier eine Zusammenkunft kaufmännischer Vereine aus Westpreußen

welche bei seiner hiesigen Anstellung nur zur Hälfte angerechnet werden.) Der mit 21 Jahren angestellte junge Lehrer erhält 900 M. Gehalt, welches in 5 dreijährigen und 3 fünfjährigen Perioden um je 150 M. bis zu 2100 M. steigt. Nach 6 Jahren hat er also ein Einkommen von 900 + 2 × 150 = 1200 M. Er ist 27 Jahre alt und muß ans Heirathen denken; denn als Lehrer bringt es sein Verus mit sich, zu heirathen, sobald er eine feste Anstellung hat. Daß es nicht immer geschieht, darf wohl oft dem karglichen Einkommen zugeschrieben werden. — Daß er eine Wohnung haben muß, ist ja selbstverständlich, und wieviel diese kostet, kann jeder berechnen, der in Thorne lebt und weiß, daß die Stadt neuerdings in die erste Servisklasse aufgenommen ist. Wir behaupten nicht zu viel, wenn wir sagen, 1/3 des Gehaltes erheischt die Wohnungsmiete. Nehmen wir nur an, die Wohnung koste 400 M., so bleiben den jungen Eheleuten noch 800 M. Von dieser Summe gehen Wittwen- und Waisenbeiträge, Abgaben, Prämien für etwaige Lebens- und Feuerversicherungen u. dgl. ab, von dem Reste muß Essen, Trinken, Kleidung u. dgl. beschafft werden. Daß die Gattin hiermit wohl haus- hälterisch wird umgehen müssen, wenn sie nicht Vermögen zusehen oder Schulden machen will, leuchtet jedem Unparteiischen wohl ein. Vergrößert sich nun aber gar erst die Familie, treten Krankheiten u. dgl. unvorhergesehene Fälle ein, dann ist es geradezu unmöglich, auszukommen. Eine Erhöhung des Gehalts der Lehrer ist also geradezu eine Nothwendigkeit. Durch den jetzt gezahlten Staatszuschuß ist Thorne auch die Möglichkeit geboten, die Gehälter in irgend einer Form zu erhöhen, ohne den Etat zu überschreiten. (Schluß folgt.)

(Fortsetzung folgt.)



